

Studierendenschaft der Universität Hamburg

Vorlage 2425/116

- Studierendenparlament -

Wahlperiode 2024/2025

10. April 2025

Änderungsantrag zur Vorlage 2425/112

der Listen Juso-Hochschulgruppe, UKE-Liste: Für ein faires PJ

Nein zu Strafgebühren - Mehr Spielraum für Ermessen bei der Rückmeldungsfrist!

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Das Studierendenparlament fordert Abteilung 3 der Präsidialverwaltung auf, den Ermessensspielraum bei Zahlungseingang der Rückmeldegebühren nach Semesterbeginn zu nutzen, und keine Verspätungsgebühr zu erheben.

Der AStA wird aufgefordert sich der Forderung anzuschließen und sich ebenfalls gegenüber dem Uni-Präsidium dafür einzusetzen.

Begründung

Durch Mahngebühren werden besonders bereits prekär lebende Studierende noch stärker belastet. Für viele Studierende ist der Semesterbeitrag von ca. 350€ eine hohe Summe, die häufig nicht ohne weiteres aufgebracht werden kann. Um den Semesterbeitrag zahlen zu können muss häufig auf die Überweisung von BAföG oder dem nächsten Gehalt gewartet werden. Mahngebühren ignorieren diese Unsicherheiten und verschlimmern eine finanziell prekäre Lage immer weiter.

Bereits während Corona hat die Universität gezeigt, dass es auch ohne Mahngebühren geht. Dort wurde der Ermessensspielraum maximal ausgereizt und es gab trotzdem keine negativen Konsequenzen für die Universität. Gerade, weil während der Corona-Pandemie die Mahngebühren ausgesetzt wurden gibt es in der Studierendenschaft kein Bewusstsein mehr für das Vorhandensein der Mahngebühren. Sie verfehlen damit also auch ihre von der Universität gewünschte Wirkung, Studierende zum fristgerechten Zahlen aufzufordern, massiv. Freundliche Erinnerungen vor Ablauf der Frist sind deutlich effektiver und belasten Studierende nicht noch finanziell und mental.